

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIII 1–2007

APPROACHES TO GOVERNANCE

Schwerpunktredaktion: Bernhard Leubolt

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 BERNHARD LEUBOLT
On the Different Facets of the Debate on Governance
- 26 ULRICH BRAND
Zwischen Normativität, Analyse und Kritik
Die jüngere Diskussion um Global Governance
- 51 DANIELA COIMBRA DE SOUZA, ANDREAS NOVY
New Regions and New Modes of Regional Governance in
Central Europe and in Brazil
- 75 CHIARA TORNAGHI
Implementing the Urban Italia Regeneration Programme in
Cinisello Balsamo (Milan)
Change and Continuity in the Pattern of Local Governance
- 98 GIANCARLO COTELLA
Central Eastern Europe in the Global Market Scenario
*Evolution of the System of Governance in Poland from
Socialism to Capitalism*
- 125 MIRIAM HEIGL
Anfang vom Ende?
Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika
- 147 Rezension
- 150 Schwerpunktredaktion und AutorInnen
- 154 Impressum

MIRIAM HEIGL

Anfang vom Ende?

Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika

1. Einleitung

Im Januar 2006 wurde mit Evo Morales zum ersten Mal ein linker und indigener Gewerkschafter an die Spitze Boliviens gewählt. Seine Ernennung zum Präsidenten ist der Kulminationspunkt einer Reihe neuerer Entwicklungen in Lateinamerika, die 1998 mit der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten Venezuelas ihren Anfang nahmen. Weitere historische Regierungswechsel fanden 2003 in Brasilien und 2005 in Uruguay statt. In der aktuellen Debatte in und zu Lateinamerika wird heftig über die neu gewählten linken Regierungen und PräsidentInnen auf dem Subkontinent diskutiert. Immer wieder taucht die Frage auf, ob sich derzeit ein profunder Wandel abzeichnet: Stehen Hugo Chávez, Lula da Silva und Evo Morales für einen regionalen Epochenwechsel? Verändert sich hier eine Region, in der der Neoliberalismus frühzeitig Fuß fassen konnte, zu einer Vorreiterin für eine andere, gerechtere Welt nach dem Neoliberalismus?¹

Im vorliegenden Debattenbeitrag wird aus einer staats-theoretischen Perspektive argumentiert und vor diesem Hintergrund die Bedeutung der Wahlen linker Regierungen in Lateinamerika analysiert. Dabei wird deutlich, dass das neoliberale Projekt in Lateinamerika noch nicht am Ende ist, da mit der gesellschaftlichen Verankerung dieses Projekts eine profunde Transformation der staatlichen Apparate² und der Zusammensetzung des Staatspersonals einherging, die bis heute noch nicht überwunden ist.

Die Analyse aktueller Prozesse wird eingebettet in eine kurze historische Skizze der Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten ab den 1930er Jahren und die Rekapitulation einiger zentraler Diskussionen zu diesem Thema. Anschließend wird ausführlicher auf die Modifikation

der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Übergang zum neoliberalen Postfordismus eingegangen, die Auswirkungen dieser Veränderungen werden auf der Ebene der staatlichen Apparate dargestellt und vor diesem Hintergrund die aktuellen Entwicklungen analysiert.

2. Die Debatte: Abschied oder Persistenz des neoliberalen Projekts in Lateinamerika?

Die Debatten über die Entwicklung Lateinamerikas haben seit Mitte der 1990er Jahre eine erstaunliche Wendung erfahren: Bis ins Jahr 2001 war noch von einer zügellosen Expansion neoliberaler Vorherrschaft die Rede. Festgemacht wurde diese unter anderem an den Freihandels- und Infrastrukturprojekten der gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA), am Plan Puebla-Panamá (PPP) und an der Freihandelszone zwischen den USA und Mittelamerika (CAFTA) (vgl. u.a. Berriel Diaz/Malcher 2001; Ling 2001). Eine radikal-reformerische Entwicklungsvariante für Lateinamerika galt als „optimistische Zukunftsvision“, allerdings ohne Aussichten auf unmittelbare Umsetzung (Boris 2001: 151). Ein Ende der neoliberalen Übermacht schien nicht in Sicht – daran änderte zunächst auch die Wahl von Hugo Chávez an die Spitze der venezolanischen Regierung nichts.

Heute wirken diese Analysen veraltet. Als Indikator für eine Neueinschätzung der Situation wird einerseits das Wiedererstarken der sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus genannt, andererseits wird auf die Wahl linker Regierungen insbesondere im südlichen Teil Lateinamerikas verwiesen. Teilweise ist von einer beginnenden Periode des „Post-Neoliberalismus“ die Rede (Candeias 2005) oder von „Rissen“ in der neoliberalen Hegemonie (Ramírez Voltaire 2002). Mit dem Verweis auf gesellschaftliche AkteurInnen und Konflikte in den einzelnen Staaten wird darüber diskutiert, ob ein anderes Lateinamerika möglich ist (Koschützke 2005). Gegen eine verfrühte Aufbruchstimmung wird hingegen eingewandt, dass die Wahl von Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika Veränderungen der herrschenden Verhältnisse „vor allem auf der Diskurs- und Stilebene“ zur Folge haben (Boris et al. 2005: 279).

Im vorliegenden Beitrag wird insbesondere auf das Beharrungsvermögen des neoliberalen Projekts in Lateinamerika trotz der Wahl linker Regie-

rungen eingegangen. Gezeigt wird, welche Bedeutung die neoliberale Transformation des staatlichen Apparats und des Staatspersonals auch für die neuen, linken Regierungen hat. Ihre Reform bedarf langwieriger und zäher Kämpfe in- und außerhalb der staatlichen Apparate. Außerhalb der staatlichen Apparate geht es um die Transformation der ökonomisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, innerhalb der staatlichen Apparate gilt es, die verstreuten Widerstandszentren zu entfalten und letztlich den Staatsapparat selbst zu transformieren (Poulantzas 2002; Brand/Heigl 2006).

Wenn im Folgenden von der Entwicklung des lateinamerikanischen Staates in verschiedenen Entwicklungsperioden die Rede ist, handelt es sich um eine Verallgemeinerung auf einem mittleren Abstraktionsniveau. Daher kann die Diskussion nicht allen Spezifika der einzelnen lateinamerikanischen Staaten in ihrer historischen Entwicklung gerecht werden. Nur so erscheint es allerdings möglich, eine Einschätzung zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika zu erarbeiten.

3. Die Abkehr vom lateinamerikanischen Entwicklungsstaat

3.1 Get the government out of the way ...

Charakteristisch für den Entwicklungsstaat, der zwischen den 1930er und den 1970er Jahren in Lateinamerika etabliert wurde, war seine massive ökonomische Intervention. So engagierte sich der Staat in Bereichen, die für Privatinvestoren (noch) nicht interessant waren, und baute dort grundlegende Infrastruktur auf. Teilweise wurden auch Enteignungen ausländischer Eigentümer durchgeführt, um das nationale Entwicklungsprojekt zu ermöglichen (Osorio 2003: 20-22).

Die Krise des lateinamerikanischen Entwicklungsstaates setzte in den 1960er Jahren ein. Bedingt war sie sowohl durch interne als auch durch externe Faktoren und Entwicklungen. Die Probleme der Import-Substitutions-Industrialisierung (ISI) manifestierten sich in chronischen Handels- und Leistungsbilanzdefiziten, in den negativen Effekten der zunehmenden Konzentration auf die Industrialisierung und der Vernachlässigung der Agrar- und Dienstleistungssektoren sowie in den chronisch defizitären Bilanzen der Staatshaushalte (Boris 2001: 48-51). Bis Ende der 1970er Jahre konnten diese Probleme durch die zunehmende Auslandsverschuldung

der öffentlichen Haushalte kompensiert werden, dann aber änderte sich die weltwirtschaftliche Situation. Es folgten die drastische Zinssatzerhöhung in den USA 1979/1980, der Verfall der Rohstoffpreise seit Mitte der 1970er Jahre und der Rückgang der absoluten Nachfrage nach den Exporten aus Lateinamerika aufgrund der angespannten ökonomischen Situation in den Industrieländern. In der Folge explodierten die Schulden der öffentlichen Haushalte und die lateinamerikanischen Staaten erklärten nach und nach ihre Zahlungsunfähigkeit.

Nach der Schuldenkrise von 1982, die alle lateinamerikanischen Länder (wenn auch in unterschiedlichem Maße) betraf (vgl. Boris 2001: 69-74), wurde ein Paradigmenwechsel in Entwicklungstheorie und -praxis durchgesetzt. Implementiert wurden von diesem Zeitpunkt an die Vorgaben des ab 1989 als *Washington Consensus* bezeichneten (Williamson 1990) neoliberalen Kanons.

3.2 ... and the state out of debate

Der wichtigste Ausgangspunkt für die lateinamerikanische Staatsdebatte waren die Kontroversen zwischen Modernisierungs- und DependenztheoretikerInnen in den 1950er und 1960er Jahren, welche mit der Konsolidierung des lateinamerikanischen Entwicklungsstaates zusammenfielen. Die Debatte um den lateinamerikanischen Staat war in dieser historischen Periode stark strukturalistisch und ökonomistisch geprägt. So argumentierte die Dependenztheorie, dass der periphere Staat als „Agent“ des internationalen Kapitals die Funktion eines rationalen Gesamtkapitalisten wahrnehme (für einen Literaturüberblick: Menzel 1995: 209-220; Davis 2005). Folgerichtig sollte der lateinamerikanische Entwicklungsstaat die inneren Entwicklungspotentiale der peripheren Formationen fördern und eine autozentrierte Entwicklung einleiten, um die Weltmarktabhängigkeit abzubauen. Diese aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus kritische Theorierichtung orientierte sich allerdings implizit ebenso wie ihr großer theoretischer Gegenspieler, die Modernisierungstheorie, an den okzidental Entwicklung- und Staatsmodellen (vgl. Kößler 1998: 91-118).

Mit der Abkehr vom lateinamerikanischen Entwicklungsstaat gegen Ende der 1970er Jahre ging die Krise der staatstheoretischen Diskussion in und zu Lateinamerika einher. Die Debatte über den Staat wurde weitgehend ersetzt durch die Beschäftigung mit Regierungsformen und der insti-

tutionellen Ausgestaltung der jungen liberaldemokratischen Regime. Diese Debatte beschäftigte bis vor wenigen Jahren große Teile des politikwissenschaftlichen Mainstreams. Hieran zeigt sich auch die Hegemonialwerdung des neoliberalen Projekts im akademischen Bereich: Die aus der Sicht neoliberaler Ökonomen notwendige Trennung von Ökonomie und Politik wurde in der akademischen Auseinandersetzung reproduziert. Insgesamt gesehen blieb diese Debatte auf die Formen institutionell-formeller Partizipation beschränkt, sozioökonomische Aspekte wurden dagegen vernachlässigt. Die komplexe Verbindung, welche zwischen Demokratie, Staat und Gesellschaft besteht, wurde weitgehend ausgeblendet (Oliver Costilla 2005: 53).

Seit Ende der 1990er Jahre wird im Rahmen der Globalisierungsdebatte auch in Lateinamerika wieder verstärkt die Frage diskutiert, in welchem Verhältnis Ökonomie und Politik stehen. Zumeist wird hier die These vertreten, dass es im Zuge der Globalisierung zur Schwächung des Staates komme (Osorio 2004: 9). In diesem Kontext ist eine – wenn auch nach wie vor marginale – Wiederbelebung kritischer staatstheoretischer Debatten zu beobachten, die sich auf Konzepte von Poulantzas und Gramsci sowie auf Aspekte aus der Regulationstheorie beziehen (vgl. u.a. Vilas 1997; Vidal 2002; Osorio 2003, 2004; Kaplan 2004; Oliver 2005; Roux 2005). Ein bedeutender Hinweis aus der lateinamerikanischen Diskussion ist, dass den Staatsapparaten und ihrer Transformation in den peripheren Formationen Lateinamerikas besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, da hier die zivilgesellschaftlichen Strukturen weniger stark ausgeprägt sind als in den Metropolen. Nur der Staat verfügt in Lateinamerika über die Kapazität, Partikularinteressen zu verallgemeinern und zu „projectos de todos“ zu machen, sie also vorübergehend zu stabilisieren (Osorio 2003: 25).

4. Zum Neoliberalismus und weiter in eine andere Zukunft?

Um die aktuelle Entwicklung in Lateinamerika aus einer staatstheoretischen Perspektive zu untersuchen, ist insbesondere der Rekurs auf Konzepte von Poulantzas, Gramsci und auf die Regulationstheorie interessant. Daher wird im folgenden Abschnitt auf die historischen Verschiebungen innerhalb der zentralen gesellschaftlichen Allianzen und dem „Block an der Macht“ eingegangen, um zu analysieren, ob sich heute profunde Modifikationen

in deren Zusammensetzung abzeichnen. Ausgangspunkt ist der „integrale Staat“ im Sinne Gramscis (GH 6: 824). Hier ringen die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen um die langfristige gesellschaftliche Verankerung und Stabilisierung ihrer jeweiligen hegemonialen Projekte (GH 7: 1502).

Die politisch herrschenden Klassen und Klassenfraktionen sind nach Poulantzas im Block an der Macht organisiert (Poulantzas 2001: 56). An diesem Bündnis sind hin und wieder auch die herrschenden Klassen nicht-kapitalistischer Produktionsweisen beteiligt, so beispielsweise die GroßgrundbesitzerInnen in der Peripherie (Poulantzas 2002: 158). Hinzu kommt, dass in den peripheren Formationen eine bestimmte Kapitalfraktion – die Kompradorenbourgeoisie – als „Vermittler des ausländischen Kapitals“ agiert (Poulantzas 2001: 51). Die Interessen der Kompradorenbourgeoisie unterliegen „gänzlich denen des ausländischen Kapitals“ (Poulantzas 1977: 38), was dazu führt, dass im lateinamerikanischen Block an der Macht auch die Interessen von Kräften aus den metropolitanen Formationen vertreten werden. Mit Poulantzas ist zudem davon auszugehen, dass es sich beim Staat um die „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ handelt (Poulantzas 2002: 159). Damit wird deutlich, dass die staatlichen Apparate weder eine von bestimmten gesellschaftlichen Kräften vollständig okkupierte noch eine neutrale Instanz darstellen. Die staatlichen Apparate verfügen über eine gewisse Eigendynamik, die Poulantzas als „institutionelle Materialität“ bezeichnet (ebd.: 42). Diese ist gekennzeichnet von einer spezifischen Selektivität, welche einerseits die Hegemonialwerdung der unter den herrschenden Kräften favorisierten Projekte befördert und andererseits die Projekte der beherrschten Kräfte innerhalb einer Formation tendenziell desorganisiert. Die Transformation der institutionellen Materialität beruht auf der erfolgreichen gesellschaftlichen Verankerung eines gegen-hegemonialen Projekts. Dies impliziert, dass veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse insbesondere dann zu einer Transformation der institutionellen Materialität führen, wenn sie auch die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte in den einzelnen Formationen erfassen. Ausgegangen werden muss in der Analyse somit von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, um dann die Verhältnisse in den staatlichen Apparaten untersuchen zu können. Die Regulationstheorie schließlich verweist auf den Zusammenhang von Ökonomie und Politik, von Akkumulation und Regulation. Sie zeigt die Verschiebungen zwischen gesellschaftlichen Kräften auf, welche zu einer veränderten

Akkumulationsdynamik in einer bestimmten Formation führen, und analysiert die politischen Implikationen dieser neuen Akkumulationsdynamik.

In einem Großteil der lateinamerikanischen Formationen entstand nach den massiven Kämpfen der 1930er Jahre und mit der Implementierung der ISI-Politiken eine relativ breite Klassenallianz zwischen industriell-bürgerlichen Kräften, Teilen der städtisch-industriellen ArbeiterInnenklasse und teilweise dem Militär (Boris 2001: 36-46). In dieser Periode war auch der Block an der Macht durch seine heterogene Zusammensetzung charakterisiert. Eine Vielzahl bürgerlicher Kräfte war hier vertreten – von auf den Binnenmarkt fixierten Klein- bis hin zu Groß- und FinanzunternehmerInnen. Hinzu kamen die NutznießerInnen des alten exportorientierten Modells, die GroßgrundbesitzerInnen und OligarchInnen. Letztere verfügten nun allerdings – im Gegensatz zur vorhergegangenen Periode des liberalistischen Entwicklungsmodells – nicht mehr über die hegemoniale Position innerhalb des Blocks an der Macht (Osorio 2003: 22). Insbesondere in der ersten Phase der ISI (1930er bis 1950er Jahre) spiegelte sich diese Kräftekonstellation in den politischen Aktivitäten des lateinamerikanischen Staates wider (Castro Escudero et al. 2005: 33). Die Akkumulation beruhte in diesem Zeitraum vor allem auf der Entwicklung eigener Industrien und des Binnenmarktes. In einigen Formationen konnte ein „peripherer Fordismus“ etabliert werden (Lipietz 1984).

Mit den zunehmenden wirtschaftlichen Problemen der ISI-Politiken ab Mitte der 1960er Jahre zeigten sich sowohl in der gesellschaftlichen Allianz als auch im Block an der Macht verstärkt Risse. Einerseits waren die Teile der Unter- und Mittelschichten, welche von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre profitiert hatten, nicht bereit, ihre Errungenschaften kampflos aufzugeben. Andererseits verschärfen sich die Friktionen im Block an der Macht. So stellte die Industrie- und Finanzbourgeoisie das Projekt der „extensiven und diversifizierten Industrialisierung“ in Frage (Osorio 2003: 23-25; Castro Escudero et al. 2005: 35). Die große Industrie- und Finanzbourgeoisie entwickelte ein zunehmendes Interesse an der Öffnung der nationalen Märkte, was dazu führte, dass sie im Sinne einer Kompradorenbourgeoisie fortan auch die Interessen ausländischer Kapitalfraktionen vertrat. Insbesondere die großen Konglomerate, welche als *grupos económicos*³ bezeichnet werden, spielten hier eine Rolle. Viele dieser Konglomerate entstanden zu Beginn der ISI. Bis in die 1960er

Jahre expandierten sie und entwickelten eigene regionale oder auch globale Unternehmensstrategien (Fernández 2000: 99-101). Die binnenmarktorientierten Kreise der internen, traditionellen Bourgeoisie wurden hingegen zunehmend – und nach teilweise massiven Konflikten (Boris 2001: 82) – aus dem Block an der Macht verdrängt.

Das industrielle Groß- und das Finanzkapital stieg zur hegemonialen Fraktion im Block an der Macht auf und setzte sich im Zuge seiner Politisierung stärker auch in der politischen Arena für seine eigenen Interessen ein (Flores Andrade 2006: 3). In vielen Ländern der Region etablierten sich große ArbeitgeberInnenorganisationen, welche primär das Finanz- und das Industriekapital vertraten (für Mexiko vgl. Schamis 2002). Diese Organisationen knüpften enge Kontakte in die staatlichen Apparate, vorrangig in die für die Finanz- und teilweise auch für die Wirtschaftspolitik zuständigen Institutionen sowie zu den PräsidentInnen (Flores Andrade 2006: 2). Anliegen der ProtagonistInnen des neoliberalen Projekts auch in Lateinamerika war es also, ihre Klassenmacht wiederherzustellen. Sie setzten auf eine flexible, international orientierte Akkumulationsstrategie, was mit der erfolgreichen Durchsetzung der Strategie zu einer Umorientierung der nationalen Ökonomien und zur Konzentration auf Exportorientierung führte. In vielen lateinamerikanischen Formationen hatte die Durchsetzung dieser Strategie eine Rückkehr zum „bloody Taylorism“ zur Folge (Leborgne/Lipietz 1996) und war in den 1990er Jahren mit massiven Finanzkrisen verbunden.

Die neoliberalen Politiken konnten insbesondere nach dem „Ausbruch“ der Schuldenkrise in den lateinamerikanischen Formationen etabliert werden. Dabei beruhte die Durchsetzung des neoliberalen Projekts nicht alleine auf Zwangselementen, sondern durchaus auch auf konsensualen Aspekten – innerhalb des Blocks an der Macht und ebenso innerhalb der beherrschten Klassen. Das neoliberale Projekt hatte für verschiedene gesellschaftliche Gruppen eine gewisse Attraktivität: Dort, wo über monetäre Gleichgewichte die galoppierende Inflation gestoppt werden konnte (wie beispielsweise in Peru), verbesserte sich (vorübergehend) auch die Lebenssituation der Ärmsten; dort, wo erstarrte Machtkonstellationen aufbrachen, erhöhten sich die gesellschaftlichen – und privaten – Chancen für bestimmte Teile der Mittel- und Oberschichten zur politischen und ökonomischen Teilhabe. Hinzu kam, dass in einigen Ländern Lateinamerikas ursprünglich linksgerichtete Parteien wie die PT in Brasilien im Lauf der 1990er Jahre das neoliberale

Projekt übernehmen und teilweise aktiv vorantrieben. Dasselbe gilt für einzelne sozialdemokratische Volksparteien wie die argentinischen Peronisten zu Beginn der 1990er Jahre und dem mexikanischen *Partido Revolucionario Institucional* seit den 1980er Jahren.

Heute, nach zwanzig Jahren neoliberaler Politiken, ist die Attraktivität dieser Politikrezepte offensichtlich massiv gesunken. Dies kommt sowohl in repräsentativen Meinungsumfragen, beispielsweise zum Thema Privatisierung (Tittor 2005), als auch in der Wahl anti-neoliberaler Regierungen und den verstärkten Aktivitäten sozialer Bewegungen zum Ausdruck. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, dass während der Hochphase des neoliberalen Projekts neue ökonomische Konglomerate (*nuevos grupos económicos*) entstanden sind – beispielsweise in der Folge von Privatisierungsprozessen in der Region (Flores Andrade 2006: 4; Vidal 2001). Diese neuen Gruppen sind – ebenso wie ein Teil der älteren *grupos económicos* – in ihren Aktivitäten regional oder global ausgerichtet und nutzen die unter ihrer Mitwirkung neoliberal transformierte institutionelle Struktur der staatlichen Apparate (Fernández 2000; Péres Núñez 1998). Angesichts dieser Konstellation kann zwar von einem „Verfall neoliberaler Hegemonie“ in Lateinamerika (Boris et al. 2005) ausgegangen werden, allerdings geht die Ernüchterung in breiten Bevölkerungsteilen nicht mit einer unmittelbaren Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Kräfteverhältnisse im Block an der Macht einher. Höchstens in Venezuela scheint sich heute – nach Jahren massiver Konflikte, die einen Putschversuch gegen Präsident Chávez im Jahr 2002 und einen Streik in der Ölindustrie des Landes zum Jahreswechsel 2002/2003 umfassten – eine relativ stabile neue Klassenallianz auf nationalstaatlicher Ebene abzuzeichnen. Zu dieser gehören unter anderem eine bedeutende Fraktion des Militärs, ein Teil der in den „bolivarischen Zirkeln“ organisierten Armen sowie der im Jahr 2003 gegründete Gewerkschaftsdachverband *Unión Nacional de Trabajadores* (zu den Ambivalenzen der venezolanischen Entwicklung vgl. Burchardt 2004: 193-221; Boeckh 2005; Meschkat 2005; Müller 2005).

5. Die finanz- und wirtschaftspolitischen Staatsapparate: Nach wie vor Kristallisationspunkte neoliberaler Hegemonie

Angesichts des staatstheoretischen Fokus des vorliegenden Beitrages soll nun ein Blick auf die Transformation der staatlichen Apparate und des Staatspersonals geworfen werden. Den Theorien Poulantzas, Gramscis und der Regulationstheorie zufolge ist anzunehmen, dass die Grundlage für eine Transformation der institutionellen Materialität der staatlichen Apparate eine profunde Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und nicht allein die verbesserte Organisierung der subalternen Kräfte ist. Vertreten wird hier deshalb die These, dass in der lateinamerikanischen Gesellschaft und in den staatlichen Apparaten Lateinamerikas eine neoliberale Hegemonie errichtet werden konnte – und dass diese noch nicht am Ende ist.

Bezüglich der Transformation der lateinamerikanischen Staatsapparate im Übergang zum Postfordismus wird insbesondere auf zwei Aspekte eingegangen: Erstens auf die institutionelle Materialität der Staatsapparate und zweitens auf den neuen Typus von Staatspersonal, der im Zusammenhang mit der Implementierung des neoliberalen Modells in den Staatsapparaten aufstieg. Dabei wird insbesondere auf finanz- und bestimmte wirtschaftspolitische Apparate fokussiert, die im Neoliberalismus ein besonderes institutionelles Gewicht erlangen (Baker 1999).

Die institutionelle Materialität des Staates kommt in der Konfiguration seiner Apparate zum Ausdruck. Die Staatsapparate stellen ein zerklüftetes Ensemble dar, da jeder Apparat der Sitz spezifischer Interessen ist (Poulantzas 2002: 164). Dabei haben die hegemonialen Fraktionen im Block an der Macht aufgrund der spezifischen Selektivität der staatlichen Matrix sehr viel größere Chancen, ihre Interessen in den bedeutendsten Staatsapparaten zu verankern. Die beherrschten gesellschaftlichen Kräfte können zwar sowohl aus der Distanz als auch direkt auf einzelne Staatsapparate einwirken, allerdings bleibt ihnen der Zugang zu den bedeutendsten Apparaten in der Regel versperrt.

Im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus sind Transformationen des institutionellen Gefüges des lateinamerikanischen Staates zu beobachten, welche als „Internationalisierung des Staates“ bezeichnet werden können (Hirsch 2002: 137-141). Es handelt sich dabei vor allem im Hinblick auf den peripheren Staat um kein gänzlich neues Phänomen. Dennoch

gewinnt es im Zuge der neoliberalen Globalisierung an Bedeutung. Näher eingegangen wird hier auf die Wettbewerbsorientierung und die Re-Skalierung der staatlichen Institutionen, wie sie sich im Zuge der Internationalisierung des lateinamerikanischen Staates herausbilden.

Ein Aspekt der Internationalisierung des Staates ist, dass die Staatsapparate in ihrer institutionellen Struktur stark auf den internationalen Wettbewerb zugeschnitten werden. Das bedeutet, dass sich staatliche Politik im neoliberal restrukturierten Kapitalismus zunehmend darauf konzentriert, einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Wettbewerbsvoraussetzungen zu verschaffen (Hirsch 2002: 110). Mit dem Übergang zum Postfordismus bilden sich „nationale Wettbewerbsstaaten“ heraus. In der lateinamerikanischen Peripherie bringen diese Staaten einen Wettbewerb hervor, der sehr kurzlebig und prekär ist, da er nur wenig mit der Entwicklung interner Wertschöpfungsketten zu tun hat (Oliver 2005: 58, 67). Der Wettbewerb wird insbesondere um die Gunst von InvestorInnen geführt, welche sich auf den internationalen Kapital- und Finanzmärkten bewegen. Für diese InvestorInnen ist politische und makroökonomische Stabilität von herausragender Bedeutung. Daher erfuhren die Staatsapparate, welche Sitze der Interessen dieser Fraktion sind, im Übergang zum Postfordismus in Lateinamerika eine Aufwertung. Gleichzeitig verleiht das herausragende institutionelle Gewicht dieser Apparate den „Strukturzwängen“ der Kapital- und Finanzmärkte besondere Bedeutung. Zu registrieren ist in diesem Zusammenhang die Bedeutungszunahme der Finanzministerien und der Zentralbanken sowie teilweise auch der Wirtschaftsministerien.⁴ Ein Beleg dafür ist die in den meisten lateinamerikanischen Staaten im Laufe der 1990er Jahre erfolgte konstitutionelle Festschreibung der Unabhängigkeit der Zentralbanken. Einige Länder wie Ecuador und El Salvador nahmen in den vergangenen Jahren sogar eine Dollarisierung vor, d.h. die Landeswährung wurde durch den Dollar ersetzt. Dieser Schritt bedeutet die Aufgabe eines wichtigen Bestandteils nationaler Souveränität, da die Dollarisierung verbunden ist mit der Übertragung der Währungspolitik an die US-Zentralbank. Attraktiv ist diese Maßnahme insbesondere für transnationale Unternehmen, da so das Risiko von Währungsschwankungen ausgeschlossen wird (Siebert 2001).

Andere staatliche Apparate wurden hingegen in ihren Handlungsspielräumen massiv beschnitten. Privatisiert oder abgeschafft wurden so-

zialpolitische Bereiche des lateinamerikanischen Entwicklungsstaates, wie beispielsweise die staatlichen Rentensysteme (Madrid 2003) oder die staatlichen Agrarbanken (Seibel 2005; für Mexiko vgl. Boris 2005a: 71). Diese Maßnahmen führten zu einer Ausgliederung sozialpolitischer Aufgaben aus den Staatsapparaten und zu einer Schwächung der Ministerien, die bis dato mit diesen Politiken betraut waren. Zwar werden nun von einigen lateinamerikanischen Regierungen neue Sozialprogramme aufgelegt, an der tiefen Re-Strukturierung der lateinamerikanischen Staaten hat sich bis dato allerdings wenig geändert: So ist durch die linken Regierungen bisher weder die Öffnung der Ökonomien noch die Unabhängigkeit der Zentralbanken noch die Fokussierung auf die Geld- und Fiskalpolitik ernsthaft in Frage gestellt worden (Boris et al. 2005: 279). Insgesamt gesehen hat sich die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Zentralbanken in den letzten Jahren „verbessert“ (Banco de España et al. 2004). Da sich die Wettbewerbsfähigkeit der lateinamerikanischen Staaten primär auf (internationale) Investitionen stützt, fällt es auch linken Regierungen und insbesondere linken PräsidentInnen schwer, sich von den neoliberalen makroökonomischen Politiken, welche auf Stabilität und ausgeglichene Staatshaushalte setzen, abzuwenden.

Da Silvas Koalition mit Teilen des Industriekapitals und der Agrarbourgeoisie stellte anfänglich auch einen Versuch dar, eine ökonomische Destabilisierung – beispielsweise durch einen massiven Kapitalabfluss – zu verhindern und damit Spielräume für eine neue Politik zu eröffnen. Doch schnell wurde aus dieser temporären Strategie ein permanentes Programm (Sader 2005: 546). Die Regierung da Silva setzt im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik den neoliberalen Kurs ihrer Vorgängerregierung fort, was sich an ihrer Schuldenbedienungspolitik, der anhaltenden Exportorientierung und der Hochzinspolitik zeigt (Andrioli/Schmalz 2005: 203). Darüber hinaus scheint sie die neoliberale Transformation des staatlichen Gefüges weiter vorantreiben zu wollen: So wurde von der PT-Führung eine Gesetzesinitiative im Parlament eingebracht, mit der die operationelle Unabhängigkeit der Zentralbank festgeschrieben werden soll. Diese Gesetzesinitiative geht auf eine bereits von der Vorgängerregierung getroffene Vereinbarung mit dem IWF zurück (ebd.: 203; Bartelt 2005: 23) und kann als Ausdruck der kontinuierlichen neoliberalen Transformation des brasilianischen Staates interpretiert werden. In Brasilien zeigt sich somit deutlich, dass die Wahl einer

linken Regierung keine Garantie für eine tatsächliche Transformation spezifisch strukturierter staatlicher Terrains ist.

Die Beurteilung der Lage in Argentinien ist sicherlich schwieriger. So handelt es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen der argentinischen Regierung und dem IWF im Rahmen der Schuldenverhandlungen (vgl. Malcher 2005; Boris 2005b) zwar um eine Abweichung von den bisherigen neoliberalen Mustern in der Finanzpolitik, in anderen wirtschaftspolitischen Bereichen wie der Industriepolitik kam es bisher allerdings zu keinen Veränderungen (Boris 2005b: 152). Eine grundlegende Re-Konfiguration des institutionellen Gefüges des argentinischen Staates und damit einhergehend einer langfristigen Verankerung post-neoliberaler oder nicht-neoliberaler Politiken hat unter Kirchner bisher nicht stattgefunden. Ähnlich stellt sich die Situation in Uruguay dar: Hier wurde unter der neuen linken Regierung des *Frente Amplio* zwar ein Sozialentwicklungsministerium eingerichtet, dieses ist jedoch nach wie vor klar dem Finanz- und Wirtschaftsministerium untergeordnet (Wachendorfer 2005), das weiterhin einen neoliberalen politischen Kurs verfolgt und eine enge Kooperation mit den internationalen Finanzinstitutionen pflegt (Thimmel 2005: 198).

Einzig in Venezuela werden bislang grundlegendere Versuche unternommen, die institutionelle Struktur des staatlichen Gefüges neu zu justieren. Da dieses Unterfangen jedoch auch für eine progressive Regierung sehr schwierig ist, bleibt als Strategie oftmals nur die Schaffung von Parallelinstitutionen, um die bereits bestehenden und spezifisch vermachteten Terrains und die bis dato bestehende Selektivität der staatlichen Matrix zu modifizieren. Ein Beispiel für die Schaffung neuer institutioneller Terrains ist die Gründung eines neuen, mit einem großen institutionellen Gewicht ausgestatteten Ölministeriums nach dem Amtsantritt von Chávez (Kollektiv p.i.s.o. 16 2004: 91). Die Versuche der institutionellen Restrukturierung führen derzeit allerdings primär zu „institutionellen Inkohärenzen“ (Burchardt 2004: 207). Diese Inkohärenzen sind sichtbarer Ausdruck der massiven Konflikte um die Modifikation und Transformation der institutionellen Materialität des venezolanischen Staates.⁵

Ein weiterer Aspekt der Internationalisierung des Staates ist die zunehmende Bedeutung der supranationalen Ebene für staatliches Handeln (Hirsch 2002: 138). Das gilt auch für die lateinamerikanischen Staaten, die seit der Schuldenkrise von 1982 in ein dichtes Netz von internationalen ins-

tionellen Verflechtungen eingebunden sind. Oftmals stellen auch hier die finanz- und wirtschaftspolitischen Apparate die zentralen Vermittlungsinstanzen zwischen nationalen und internationalen Prozessen und Institutionen dar. Internationale politische Institutionen (Welthandelsorganisation, Weltbank, Internationaler Währungsfonds) können als eine „Verdichtung zweiten Grades“ von Kräfteverhältnissen interpretiert werden (Brand 2005: 53). In den internationalen politischen Institutionen werden mittels komplexer Prozesse politische Projekte formuliert. Hierbei handelt es sich – wie bei den nationalstaatlichen Verdichtungen – um Prozesse, die auf einem spezifisch perforierten Terrain ausgetragen werden, weshalb die „herrschenden Kräfte die Formen der Auseinandersetzungen wesentlich bestimmen und damit Kräftekonstellationen zwischen Ländern, Klassen, Geschlechtern und Ethnien auf Dauer verstetigen“ (Brand 2006: 268). Letztendlich sind somit die Interessen der Zentrumsstaaten in der Vormachtstellung. Allerdings handelt es sich bei dieser „institutionell vermittelten Abhängigkeit“ nicht nur um eine Einbahnstraße: Die internationalen politischen Institutionen dienen den neoliberalen Kapitalfraktionen in Lateinamerika teilweise auch als Terrain, um ihre Interessen – gegen den Widerstand in den nationalen Formationen – durchzusetzen und festzuschreiben (Boris et al. 2005; Teichman 2004).

Bis dato ist nicht eindeutig erkennbar, dass sich dieser Aspekt der Internationalisierung der lateinamerikanischen Staaten umkehrt. Zwar kommen die ALCA-Verhandlungen derzeit nicht vom Fleck (siehe u.a. Garín/Neuber 2005; Pomrehn 2005), außerdem wird mit den neuen Initiativen zur Reaktivierung des *Mercado Común del Sur* (MERCOSUR) und der Gründung der Initiative *Alternativa Bolivariana para las Américas* (ALBA) versucht, Gegenpole zum nach wie vor von den USA favorisierten ALCA zu schaffen. Ziel dieser Initiativen der linken südamerikanischen Regierungen und allen voran Venezuelas ist es, neue institutionelle Terrains zu kreieren und andere wiederzubeleben. Allerdings ändern diese Initiativen auf absehbare Zukunft nichts daran, dass die lateinamerikanischen Staaten in die Kreditvergabesysteme der bedeutendsten internationalen politischen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank als beherrschte Kräfte eingebunden sind.

Eng verbunden mit dem Übergang vom Fordismus zum Postfordismus ist schließlich der Aufstieg neuer politischer Eliten in den lateinamerikani-

schen Staatsapparaten (vgl. u.a. Centeno 1994; Gwynne/Kay 1999; Silva 1999). Dieser neue Typus des politischen Technokraten (*technopol*) verfügt im Vergleich zu den vorherigen bürokratischen Eliten über eine veränderte professionelle Sozialisation und ein neues Selbstbild. Die Adaption von orthodoxen Anpassungsprogrammen war in Lateinamerika zumeist mit der Berufung von technokratischen, neoliberalen ÖkonomInnen auf strategische Regierungspositionen – d.h. insbesondere in den Finanz- und Wirtschaftsministerien und in der Zentralbank – verbunden (Silva 1998: 79). In diesen Positionen agieren die TechnokratInnen weitgehend isoliert vom allgemeinen politischen Geschehen (für Brasilien: Novy 2001: 280). Häufig werden sie von dort aus auf andere, bedeutende Posten in der Regierung berufen (für Mexiko: Morton 2003: 638). Neoliberale TechnokratInnen sind so überall in Lateinamerika zu nationalen Pendanten der FinanzexpertInnen der internationalen Finanzinstitutionen geworden (Silva 1998: 79).

Dies hat sich bis heute nicht grundlegend geändert. In Lateinamerika sind die *technopols* nach wie vor massiv in den Staatsapparaten vertreten (Fuchs 2005). Die personelle Kontinuität des Neoliberalismus besteht insbesondere in den – nach wie vor zentralen – finanz- und teilweise auch wirtschaftspolitischen Apparaten der lateinamerikanischen Staaten fort. In Brasilien wurden zwar einzelne progressive MinisterInnen in das Kabinett berufen, allerdings nicht auf finanz- oder wirtschaftspolitisch bedeutende Posten. Es handelt sich bei ihnen um „keine Schlüsselfiguren im Kabinett“ (Bartelt 2005: 27). In Uruguay gibt es, obwohl unter der *Frente Amplio* viele Kabinettsposten mit Linken besetzt wurden (Thimmel 2005: 193), im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik nach wie vor eine klare personelle Kontinuität des Neoliberalismus. Mit Danilo Astori wurde ein Mann, der das neoliberale Paradigma verkörpert, zum Wirtschafts- und Finanzminister ernannt (ebd.: 198). Selbst in Venezuela sind nach wie vor viele institutionelle Schlüsselpositionen mit Gegnern des dort initiierten Reformprozesses besetzt (Müller 2005: 187).

6. Fazit: Die Beharrungskräfte des neoliberalen Projekts

Die Wahl linker oder linkspopulistischer Regierungen in der Region ist ein Ausdruck des zunehmenden Niedergangs neoliberaler Hegemonie. Ob

damit allerdings bereits der Neoliberalismus als Projekt am Ende ist, darf bezweifelt werden. Dafür erscheint die soeben dargestellte Verankerung des Neoliberalismus bei einem wichtigen Teil der gesellschaftlichen Kräfte, so beispielsweise bei den alten und neuen *grupos económicos* und darüber hinaus in den institutionellen Strukturen der lateinamerikanischen Nationalstaaten – mit Ausnahme Kubas und möglicherweise Venezuelas –, nach wie vor zu stark. Festzuhalten bleibt, dass derzeit vielfältige Kämpfe um eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ausgetragen werden, wohingegen die Transformation der staatlichen Apparate erst am Anfang steht.

Daher ist davon auszugehen, dass es in den kommenden Jahren zu bestimmten Modifikationen des neoliberalen Programms kommen wird. Vor allem im Bereich der Eigentumsrechte sind gewisse Veränderungen und eventuell eine bedingte „Rückkehr“ des Staates in die ökonomische Arena zu erwarten. Hinsichtlich anderer zentraler Politiken des neoliberalen Projekts, insbesondere im Bereich der Finanzpolitik, ist jedoch bisher kein Umdenken zu erkennen. Lateinamerika steuert daher momentan weniger auf eine Phase des „Post-Neoliberalism“, sondern vielmehr auf einen reformierten und modernisierten Neoliberalismus zu. Die Überwindung von Klassenherrschaft bleibt in diesem Kontext ein weit entferntes Ziel.

- ¹⁾ Herzlich bedanken für Hinweise zum vorliegenden Artikel möchte ich mich bei Dieter Boris, Uli Brand, Hans-Jürgen Burchardt, Joachim Hirsch und der Redaktion des JEP.
- ²⁾ Im vorliegenden Artikel wird insbesondere auf die Transformationen der „repressiven Staatsapparate“ und weniger auf die der „ideologischen Staatsapparate“ (Althusser 1977) eingegangen. Die zugrunde liegende These lautet, dass insbesondere die finanzpolitischen und teilweise auch die wirtschaftspolitischen Staatsapparate im Übergang zum Neoliberalismus mit einem zunehmenden institutionellen Gewicht ausgestattet wurden. Will man den Zustand des neoliberalen Projekts heute untersuchen, erscheint daher eine Fokussierung auf diese Apparate besonders sinnvoll. Damit sollen keineswegs die Bedeutung der ideologischen Staatsapparate und die Transformationen, welche sie im Übergang zum Postfordismus erfahren, negiert werden. Allerdings werden sie nicht explizit und ausführlich in die Analyse mit einbezogen. Dies ist sowohl dem spezifischen Fokus des Artikels als auch Platzgründen geschuldet.
- ³⁾ Als *grupos económicos* werden Gemeinschaftsunternehmungen bezeichnet, deren einzelne Bestandteile zwar operative Unabhängigkeit aufweisen, aber von einer zentralen Einheit koordiniert werden. Ihre Aktivitäten können sich auf ein Produkt beziehen,

- auf eine diversifizierte Produktpalette, die vertikal integriert ist, oder auf verschiedene Konglomerate, die in diversen ökonomischen Sektoren operieren und zu denen oftmals auch Finanzinstitutionen gehören (Fernández 2000: 108, Fn 5).
- ⁴) In einigen Ländern wurden das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium unter der Ägide des Finanzministeriums fusioniert. In anderen Fällen, wie beispielsweise in Mexiko, wurde das traditionell bedeutende und protektionistisch orientierte Wirtschaftsministerium entmachtet (Schamis 1999: 254). In beiden Fällen ging mit dieser Kompetenzverlagerung in die finanzpolitischen Institutionen der Verzicht auf eine eigenständige, planende Wirtschaftspolitik einher.
- ⁵) In Venezuela lassen sich Tendenzen zur Entwicklung einer „Doppelmacht“ auf nationalstaatlicher Ebene beobachten. In anderen Ländern, beispielsweise in Brasilien, hat die PT im Süden des Landes eine solche Strategie mittels der Einführung des partizipativen Budgets verfolgt (vgl. Leubolt 2006).

Literatur

- Althusser, Louis (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg/Westberlin: VSA.
- Andrioli, Antônio Inácio/Schmalz, Stefan (2005): *Brasilien: politische Wende oder Fortsetzung neoliberaler Politik?* In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg: VSA, 192-212.
- Baker, Andrew (1999): *Nébuleuse and the 'internationalization of the state' in the UK? The case of HM Treasury and the Bank of England*. In: *Review of International Political Economy* 6 (1), 79-100.
- Banco de España/Banco Central do Brasil/Europäische Zentralbank (2004): *Pressemitteilung. Zweites hochrangiges Seminar des Eurosystems und lateinamerikanischer Zentralbanken am 26. November 2004 in Rio de Janeiro*. <http://www.bundesbank.de/download/ezb/pressemitotizen/2004/20041126ezb2.pdf>, 16.03.2007
- Bartelt, Dawid Danilo (2005): *Szenen einer Ehe. Die Regierung Lula in Brasilien und ihre linken Kritiker*. In: Gabbert, Karin et al. (Hg.): *Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 29*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 18-40.
- Berriell Diaz, Alvaro/Malcher, Ingo (2001): *FTAA – Auf dem Weg zur Marktverfassung in den Amerikas*. In: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 12 (46), 35-46.
- Boeckh, Andreas (2005): *„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“? Das venezolanische Reformprojekt von Hugo Chávez*. In: Gabbert, Karin et al. (Hg.): *Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 29*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 74-95.
- Boris, Dieter (2001): *Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA.

- Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005): Reflexionen zur „neoliberalen Hege-monie“ in Lateinamerika. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 270-282.
- Boris, Dieter (2005a): Neoliberalismus und Landwirtschaft in Lateinamerika. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 69-86.
- Boris, Dieter (2005b): Vom temporären Hegemonieverlust zum stabilen „Normal-Kapitalismus“? Argentinien vier Jahre nach der großen Krise. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 136-162.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Münster: VSA.
- Brand, Ulrich (2006): Die politische Form der Globalisierung. Politische Institutionen und soziale Kräfte im internationalisierten Staat. Habilitation, Universität Kassel.
- Brand, Ulrich/Heigl, Miriam (2006): ‚Innen‘ und ‚Außen‘. Zu Staat, Bewegung und radikaler Transformation bei Poulantzas. In: Bretthauer, Lars et al. (Hg.): Poulantzas lesen. Hamburg: VSA, 274-289.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2004): Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Candeias, Mario (2005): Widersprüche und Herausforderungen des „Post-Neoliberalismus“. [http://www.linksnet.de/artikel.php?id=2002, 3.7.2006](http://www.linksnet.de/artikel.php?id=2002,3.7.2006).
- Castro Escudero, Teresa/Mussali Galante, Rina/Oliver Costilla, Lucio (2005): Revisitando al Estado. In: Castro Escudero, Teresa/Oliver Costilla, Lucio (Hg.): Poder y política en América Latina. México D.F.: Siglo Veintiuno Editores, 17-49.
- Centeno, Miguel Angel (1994): Democracy within Reason. Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- Davis, Diane E. (2005): The State of the State in Latin American Sociology. In: Wood, Charles H./Bryan, Roberts H. (Hg.): Rethinking Development in Latin America. Pennsylvania: Pennsylvania State University Press, 159-182.
- Fernández Jilberto, Alex E. (2000): América Latina: el debate sobre los ‚Nuevos Grupos Económicos‘ y conglomerados industriales después de la reestructuración neoliberal. In: European Review of Latin American and Caribbean Studies 69, 97-108.
- Flores Andrade, Anselmo (2006): Viejos actores, nueva relación? Empresarios e izquierda en América Latina. In: La Chronique des Amériques 17, 1-8.
- Fuchs, Stefan (2005): Wenn der Regen nicht aufwärts fließen will. In: Freitag 36, 9.9.2005.
- Garín, Nancy/Neuber, Harald (2005): ALCA auf Eis gelegt. In: Junge Welt 7.11.2005, 3.
- GH – Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte 1-29, 9 Bände, Hamburg/Berlin: Argument-Verlag.

- Gwynne, Robert N./Kay, Cristóbal (1999): Latin America Transformed: Changing Paradigms, Debates and Alternatives. In: Gwynne, Robert N./Kay, Cristóbal (Hg.): Latin America Transformed. Globalization and Modernity. London et al.: Arnold Publishers, 2-30.
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg: VSA.
- Kaplan, Marcos (2004): Estado y globalización. In: Correa, Eugenia/Girón, Alicia (Hg.): Economía financiera contemporánea. México D.F.: Miguel Angel Porrúa, 211-255.
- Kollektiv p.i.s.o. 16 (2004): Venezuela. Welcome to our Revolution. Innenansichten des bolivarianischen Prozesses. München: Gegen den Strom.
- Kößler, Reinhart (1998): Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Koschützke, Albert (2005): Editorial: Ein anderes Lateinamerika ist möglich. In: Gabbert, Karin et al. (Hg.): Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 29. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-17.
- Leborgne, Danièle/Lipietz, Alain (1996): Postfordistische Politikmuster im globalen Vergleich. In: Das Argument 217, 697-712.
- Leubolt, Bernhard (2006): Staat als Gemeinwesen. Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre, Münster et al.: LIT-Verlag.
- Ling, Martin (2001): Ein Subkontinent wird liberalisiert. In: Lateinamerika Nachrichten 323, 7-9.
- Lipietz, Alain (1984): Imperialism or the beast of the apocalypse. In: Capital & Class 22, 81-109.
- Madrid, Raúl L. (2003): Retiring the State. The Politics of Pension Privatization in Latin America and Beyond. Stanford: Stanford University Press.
- Malcher, Ingo (2005): Kirchner, der unerwartete Präsident. Grenzen und Spielräume neuer argentinischer Politik. In: Gabbert, Karin et al. (Hg.): Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 29. Münster: Westfälisches Dampfboot, 41-61.
- Menzel, Ulrich (1995): Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie. 3. überarb. und erw. Aufl. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Meschkat, Klaus (2005): Wie halten wir es mit Hugo Chávez? In: Gabbert, Karin et al. (Hg.): Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 29. Münster: Westfälisches Dampfboot, 62-73.
- Morton, David Adam (2003): Structural change and neoliberalism in Mexico: „passive revolution“ in the global political economy. In: Third World Quarterly 24 (4), 631-653.
- Müller, Bea (2005): Die „bolivarische Revolution“ auf der Suche nach einem kohärenten Projekt. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 163-191.
- Novy, Andreas (2001): Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Wien: Promedia.

- Oliver Costilla, Lucio (2005): Revisitando al Estado. Las Especificidades actuales del Estado en América Latina. In: Castro Escudero, Teresa/Oliver Costilla, Lucio (Hg.): Poder y política en América Latina. México D.F.: Siglo Veintiuno Editores, 50-86.
- Osorio, Jaime (2003): La centralidad del Estado en la mundialización. In: Aboites, Aguilar et al. (Hg.): Estado versus mercado „¿Ruptura o nueva forma de regulación?“. México D.F.: Miguel Angel Porrua, 17-39.
- Osorio, Jaime (2004): El Estado en el Centro de la Mundialización. La sociedad civil y el asunto del poder. México D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Pérez Núñez, Wilson (Hg., 1998): Grandes Empresas y Grupos Industriales Latinoamericanos. México D.F.: Siglo Veintiuno Editores/CEPAL.
- Pomrehn, Wolfgang (2005): "Bush fährt mit leeren Händen nach Hause". In: Junge Welt 7.11.2005, 3.
- Poulantzas, Nicos (1977): Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Poulantzas, Nicos (2001): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (Hg.): Die Zukunft des Staates. Hamburg: VSA, 19-70 (Originalausgabe 1975).
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etais-mus. Hamburg: VSA (Originalausgabe 1978).
- Ramírez Voltaire, Simón (2002): Risse im Gebäude. In Lateinamerika gerät das neoliberale Modell aus den Fugen. In: Blätter des iz3w 264, 6-8.
- Roux, Rhina (2005): El Principe Mexicano. Subalternidad, Historia y Estado. México D.F.: Ediciones Era.
- Sader, Emir (2005): Die hegemoniale Krise und die Krise der Linken in Lateinamerika. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 35 (141), 541-549.
- Schamis, Hector (1999): Distributional Coalitions and the Politics of Economic Reform in Latin America. In: World Politics 51 (2), 236-268.
- Schamis, Hector (2002): Re-Forming the State. The Politics of Privatization in Latin America and Europe. Michigan: University of Michigan Press.
- Seibel, Hans Dieter (2005): Agrarbanken: Ignorieren, schließen oder reformieren? In: Entwicklung & ländlicher Raum 39 (4), 8-11.
- Siebert, Boris (2001): Die Hand mit vier Fingern. Ecuador ein Jahr nach seinem Souveränitätsverlust. Interview mit dem Ökonom Alberto Acosta. In: ILA 243, 7-9.
- Silva, Patricio (1998): Neoliberalism, Democratization, and the Rise of Technocrats. In: Vellinga, Menno (Hg.): The Changing Role of State in Latin America. Boulder/Oxford: Westview Press, 75-92.
- Silva, Patricio (1999): The new political order in Latin America: towards technocratic democracies? In: Gwynne, Robert N./Kay, Cristóbal (Hg.): Latin America Transformed. Globalization and Modernity. London et al.: Arnold Publishers, 51-66.
- Teichman, Judith (2004): The World Bank and Policy Reform in Mexico and Argentina. In: Latin American Politics and Society 46 (1), 39-74.

- Thimmel, Stefan (2005): Uruguay: Linksbündnis an der Macht. In: Gabbert, Karin et al. (Hg.): Neue Optionen lateinamerikanischer Politik. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 29. Münster: Westfälisches Dampfboot, 192-201.
- Tittor, Anne (2005): Soziale Kämpfe gegen Privatisierung in Lateinamerika. In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg: VSA, 40-68.
- Vidal, Gregorio (2001): Privatizaciones, fusiones y adquisiciones: las grandes empresas en América Latina. México D.F.: Anthropos Editorial.
- Vidal, Gregorio (2002): Grandes empresas, economía y poder en México. México D.F.: Plaza y Valdes Editores.
- Vilas, Carlos M. (2000) : La reforma del Estado como cuestión política. In: Camarero, Hernán/Pozzi, Pablo/Schneider, Alejandro (Hg.): De la revolución libertadora al menemismo. Historia social y política argentina, Buenos Aires: Ediciones Imago Mundi, 251-289.
- Wachendorfer, Achim (2005): Die Linksregierung in Uruguay: Start geglückt. Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Williamson, John (Hg., 1990): The Progress of Policy Reform in Latin America, Washington D.C: Institute for International Economics.

Abstracts

Der vorliegende Artikel interveniert in die aktuelle Debatte um die Zukunft des neoliberalen Projekts in Lateinamerika unter Rückgriff auf theoretische Konzepte von Gramsci, Poulantzas und aus der Regulationstheorie. Vertreten wird die These, dass das neoliberale Projekt in den lateinamerikanischen Gesellschaften und in den staatlichen Apparaten erfolgreich verankert werden konnte – und dass es trotz der Wahl linker Regierungen und dem Wiedererstarken sozialer Bewegungen noch nicht am Ende ist. Lateinamerika steuert heute weniger auf eine Phase des „Post-Neoliberalismus“ zu als vielmehr auf einen reformierten und modernisierten Neoliberalismus.

The article aims at contributing to the current debate about the future of the neo-liberal project in Latin America by drawing from theoretical concepts of Gramsci, Poulantzas and Regulation Theory. The thesis suggests that the neo-liberal project has successfully been anchored within Latin American societies and state apparatuses and that this project has not

yet come to an end even though there has been a left turn at the ballot-boxes and an upsurge of social movements. Latin America today is moving less towards 'post-neo-liberalism' but rather towards reformed and modernised neo-liberalism.

Heigl Miriam
Georgenstraße 102
80798 München
Miriam_heigl@yahoo.de